

Anfrage

Öffentlich

Datum

16.05.2013

Nummer

2245/13

Absender

DIE LINKE.
Rathaus
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

30.05.2013

Betreff / Beschlussvorschlag

Energiearmut in Braunschweig

Die Versorgung von Haushalten mit Strom, Gas und Fernwärme gehört zur unverzichtbaren öffentlichen Daseinsvorsorge, auch wenn sie in Braunschweig leider teilprivatisiert ist. Aufgrund von steigenden Energiekosten geraten immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher mit niedrigem Einkommen in Zahlungsschwierigkeiten, ihnen droht Energiearmut.

So berichtete die Braunschweiger Zeitung, dass BS Energy im Jahr 2010 bei 1.316 Haushalten die Energiezufuhr mit Strom oder Gas gesperrt haben soll. Im Jahr 2009 seien sogar über 1.500 Haushalte von einer Sperrung betroffen, heißt es dort weiter. In dem Bericht wird auch erwähnt, dass auch „bei erkennbarem Grund, z.B. Kleinkinder, Krankheit, Gebrechlichkeit bei älteren Menschen“ eine Sperrung vorgenommen wird. Hier allerdings erst, wenn „Rücksprache“ vorgenommen wurde. Weiterhin wird von BS Energy darauf verwiesen, dass auf Wunsch auch ein Kontakt zum Sozialträger hergestellt wird.

Für diesen berichtete Stadtsprecher Keunecke, dass der Grund für die Zahlungsunfähigkeit häufig in Überschuldung oder Leistungskürzungen bei Hartz-IV-Empfängern liege. Um den Betroffenen zu helfen, gelinge es in der Mehrzahl der Fälle, eine Ratenzahlung zu vereinbaren und in Ausnahmefällen könne auch ein Darlehen vergeben werden. Ansonsten heißt es von der Stadt lapidar: „In diesen Fällen [Überschuldung und Hartz-IV-Leistungskürzung] versucht die Sozialverwaltung, die Betroffenen zu bewegen, ihre Selbstverantwortung wahrzunehmen.“

Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung gefragt:

1. Bei vielen Braunschweiger Haushalten wurde in 2011 und 2012 von BS Energy die Versorgung mit Strom oder Gas gesperrt?
2. Bei wie vielen dieser Haushalte waren Kleinkinder, Kranke oder Gebrechliche betroffen?
3. In wie vielen Fällen und mit welchen Maßnahmen konnte von der Verwaltung eine Sperrung in den beiden Jahren verhindert werden?

Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender